

Kommentar Wirtschaftspolitik

2013/27 | 08. Juli 2013

OECD Länderbericht lobt Österreichs Sozialpartnerschaft

Die OECD bescheinigt Österreich trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in Europa ein hohes Wohlstandsniveau bei geringen Einkommensunterschieden, gute Arbeitsmarktdaten und eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft. Gerade letztere, so die OECD, trägt maßgeblich zur positiven Entwicklung des Landes bei.

Die OECD sieht für Österreich aber auch Handlungsbedarf, nämlich bei Konsolidierung, Strukturreformen, Pensionen und Bildung.

Am 2. Juli 2013 veröffentlichte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den alle zwei Jahre erscheinenden Österreich-Länderbericht („Economic Survey Austria 2013“).

Die OECD unterstreicht dabei einmal mehr Österreichs gute wirtschaftliche Performance, die sich durch folgende Punkte kennzeichnet:

- ein hohes Maß an materiellem Wohlstand,
- eine hohe Lebensqualität,
- stetig wachsendes BIP-pro-Kopf¹,
- eine geringe Einkommensungleichheit,
- hohe Umweltstandards,
- eine steigende Lebenserwartung,
- einen dynamischen Unternehmenssektor sowie
- eine gut funktionierende Sozialpartnerschaft.

Sozialpartnerschaft als Erfolgsfaktor Österreichs identifiziert

Die OECD betont im Österreich-Länderbericht eindeutig den Vorteil des sozialpartnerschaftlichen Ansatzes, der dazu beiträgt, Reformen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voranzutreiben. In anderen Worten werden die Sozialpartner durch die OECD in ihrer Rolle als „Manager des Wandels“ und Reformtreiber bestätigt. Hervorgehoben wird im Bericht auch der Beitrag der Sozialpartner zu Wohlstand sowie in Politikgestaltung und -implementierung. Schlussendlich lobt die OECD die Bedeutung der Sozialpartner für das Duale Ausbildungssystem, das zu den Vorzeigemodellen in der OECD und der EU zählt.

Nichtsdestotrotz formuliert OECD eindeutige Empfehlungen an Österreich

In Punkto Haushalts- und Finanzpolitik bleibt laut OECD der Druck auf den Staatshaushalt aufrecht. Dementsprechend empfiehlt die OECD, die Budgetkonsolidierung weiter voranzutreiben. Bezüglich der derzeitigen Lage des Bankensektors empfiehlt die OECD, die Umstrukturierung der verstaatlichten Banken fortzuführen.

Bei der öffentlichen Verwaltung empfiehlt die OECD, die wirkungsorientierte Haushaltsplanung vollständig umzusetzen. Gleichzeitig soll die Folgenabschätzung für Regelungsvorhaben und Simulationen der langfristigen Entwicklung der öffentlichen Ausgaben gewährleistet und auf alle Ebenen ausgedehnt werden.

¹ Österreich liegt nach neuesten Eurostat-Zahlen hinter Luxemburg auf dem 2. Rang beim BIP-pro-Kopf innerhalb der EU (31 % über dem EU-Schnitt) und hat dabei Irland überholt.

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

- Die OECD bestätigt hier den Standpunkt der Wirtschaftskammer Österreich, die sich für eine ambitionierte und auf Grund der bestehenden hohen Steuer- und Abgabenlast ausgabenseitige Konsolidierung einsetzt und gleichzeitig teure Wahlzuckerl ablehnt. Die Verringerung der Schulden soll aus Sicht der Wirtschaftskammer von strukturellen Anpassungen und Systemreformen begleitet werden, auch um Spielraum für Zukunftsinvestitionen (F&E, Innovation, Bildung, Infrastruktur) zu schaffen.

Auf Grund der demografischen Entwicklung und zur Sicherung der Tragfähigkeit des Pensionssystems empfiehlt die OECD eine Erhöhung der Beschäftigung älterer Arbeitskräfte, eine Beseitigung der Schlupflöcher bei den Frühpensionen und mehr Effizienz bei den Gesundheitsausgaben. Ebenso empfiehlt die OECD den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, um eine bessere Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf zu gewährleisten.

- Im Pensionsbereich liegen der Bundesregierung Reformvorschläge der Sozialpartner vor. Die Wirtschaftskammer Österreich setzt sich dabei für die Beseitigung der Zutrittsmöglichkeiten zur Frühpension, die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters und die raschere Angleichung des Frauenpensionsantrittsalters ein. Gleichzeitig tritt die WKÖ für einen flächendeckenden Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Flexibilisierung von deren Öffnungszeiten ein.

Laut OECD ist das österreichische Bildungssystem weiterhin fragmentiert bzw. sieht die OECD Potenzial zur Verbesserung der Bildungsperformance von MigrantInnen. Gerade vor dem Hintergrund der Relevanz eines adäquaten Bildungssystems für zukünftiges Wachstum und Wohlstand sieht die OECD Verbesserungspotenzial.

- Die Wirtschaftskammer setzt sich im Bildungsbereich für ehestmögliche frühkindliche Bildung, gezielte Sprachförderung, bessere Bildungsberatung und eine Senkung der Schulabbrecherquote ein. Auf Hochschulebene zielt die WKÖ darauf ab, berufliche Bildung durch „Berufsakademien“ zu ergänzen. Im Lehrlingsbereich setzt die WKÖ zahlreiche Initiativen, um eine weitere Attraktivierung zu erreichen.

Die OECD betont schlussendlich, aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit, Steuern auf Dieselmotoren anzuheben (um externe Effekte des Straßenverkehrs besser in den Preisen zu berücksichtigen), steuerliche Vergünstigungen für Firmenwagen abzuschaffen und Grundsteuern anzuheben, um eine Erhöhung des Grundstückangebots zu erwirken. Vor Änderungen der Steuerstruktur bzw. des -systems soll Österreich jedoch erst (und prioritär) notwendige und ausstehende Strukturreformen umsetzen.

- Hier spricht sich die Wirtschaftskammer auf Grund der schon überdurchschnittlich hohen Belastung sowie hohen Steuerlast gegen zusätzliche Belastungen aus. Diese würden die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes nachhaltig beeinträchtigen und möglicherweise auch zur Abwanderung von Unternehmen führen. Die WKÖ spricht sich gegen jegliche Steuererhöhung aus, bevor nicht alle notwendigen Strukturreformen und ausgabenseitigen Maßnahmen umgesetzt wurden.

Die OECD zeigt einmal mehr, dass die Sozialpartnerschaft eine elementare Stütze des wirtschaftlichen Erfolges unseres Landes und ein Garant für Stabilität ist. Die zahlreichen Empfehlungen zeigen jedoch, dass weiterhin wichtige Hausaufgaben zu erledigen sind. Die Bundesregierung kann jedoch bei der Bewältigung bestehender Herausforderungen und Umsetzung nötiger Reformen auf die Sozialpartner als verlässlichen Partner zurückgreifen.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung